

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice.

Sitzungstermin: Mittwoch, 28.11.2007
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:20 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Pohlmann, Marianne

SPD-Fraktion
Davids, Walter
Scheffel, Enno
Schulze, Kai-Uwe für Berendine Bamminger
Stöhr, Friedrich
Wessels, Johann

CDU-Fraktion
Odinga, Hinrich
Schönsee, Carmen

FDP-Fraktion
Fooker, Ralf
Hoofdmann, Erwin

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Stolz, Wulf-Dieter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder
Rangnow, Martin Vertreter der Polizeiinspektion Emden
Weber, Heinz-Wilhelm für Ingo Tuitje

Verwaltungsvorstand
Lutz, Martin Erster Stadtrat
von der Verwaltung
Ahten, Okko
Heinks, Andree
Kleiminger, Jürgen Dr.
Stomberg, Beate
Grendel, Volker
Lenz, Bernd
Post, Hinrich
Tuitjer, Berthold
Wiers, Harald
Wilhaus, Rewert

Protokollführung
Onnenga, Olga

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice.

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Pohlmann eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Bürger, die beiden Pressevertreter sowie die Mitglieder des Ausschusses und die Mitarbeiter der Verwaltung.

Beschluss:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Auf die Frage von **Frau Pohlmann** nach Änderungswünschen der Tagesordnung bemerkt **Herr Odinga**, dass sämtliche Anträge der Fraktionen durch eine Mitteilungsvorlage und nicht durch eine Beschlussvorlage beantwortet würden. Dieses habe in einem anderen Ausschuss Anfang der Woche bereits zu Irritationen geführt, weil über den Antrag nicht abgestimmt werden konnte.

Frau Pohlmann erwidert, dass der Fachdienst 210 die Vorlagen auf die Richtigkeit der Beantwortung überprüfe und den Fraktionen das Ergebnis zugestellt werde.

Herr Grendel erklärt, dass alle eingehenden Anträge vom Fachdienst Öffentliche Sicherheit und Straßenverkehr vor Beantwortung überprüft werden, ob diese mit einer Beschluss- oder Mitteilungsvorlage zu beantworten seien.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 09.10.2007

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 4 über die Sitzung des Ausschusses für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 09.10.2007 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Bürgern werden keine Fragen zu den Tagesordnungspunkten gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2008

Vorlage: 15/0482

Frau Pohlmann regt an, die Vorlagen 15/0482: Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2008 und 15/0484: Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden zur Beratung an die Fraktionen zu verweisen. Die bittet die Verwaltung zu den beiden Tagesordnungspunkten 5 und 6 um Vortrag.

Frau Stomberg berichtet, dass **Herr Lutz** wegen eines parallelen Termins später an der Sitzung teilnehme. Der Gesamthaushalt der Stadt für das Jahr 2008 sei im Finanzausschuss bereits ausführlich vorgestellt worden. Der vorliegende Budget-Entwurf enthalte einen Haushaltsüberschuss im Verwaltungshaushalt in Höhe von 500.000 Euro und sei auf einem gefestigten Fundament erstellt worden. Für den Fachbereich 400 werde **Herr Ahten** Erläuterungen geben.

Herr Ahten verweist eingangs auf die entsprechenden Seiten 317 – 389 des Budgetbuches und erläutert die summarischen Veränderungen in Einnahme und Ausgabe gegenüber den Ansätzen des Vorjahres und die Fachbereichsziele für das kommende Jahr.

Ziele des Fachbereiches 400 für das Jahr 2008:

1. die Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt Emden, insbesondere: Bewältigung des Sicherheits- und Ordnungsproblems im Stadtkernbereich (Fortsetzung der City-Streife) und flankierende Maßnahmen zur Optimierung des subjektiven Sicherheitsempfindens in der Stadt Emden.
2. Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und Verkehrserziehung (Mittel werden dem Aufkommen Verkehrsbußgelder und -verwarnungen entnommen und „reinvestiert“ werden in die öffentliche Sicherheit, also in das Straßenverkehrswesen.
3. Einführung weiterer elektronischer Antragsverfahren über Internet, Email und / oder Datenträger zur weiteren Steigerung der Bürgerfreundlichkeit (Stichwort: Elektronisches Rathaus oder „E-Government“).

Der Fachbereich 400 präsentiere einen Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2008, der sich in der Ausgabe restriktiv am absolut Notwendigen orientiere und in der Einnahmeerwartung vorsichtig, aber nach seiner Auffassung realistisch kalkuliert sei.

Frau Pohlmann dankt der Verwaltung für die Erläuterungen.

Herr Davids stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 5 und 6, Vorlage 15/0482 und 15/0484 zur Beratung an die Fraktionen zurückzuweisen. Außerdem bittet er die Verwaltung um einen Erfahrungsbericht über den City-Dienst.

Beschluss:

Verweisung an die Fraktionen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice.

TOP 6 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836
Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2011
Vorlage: 15/0484

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 7 Sachstandsbericht zum Gutachten für die gemeinsame ostfriesische Leitstelle;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 07.11.2007
Vorlage: 15/0534

Einleitend erklärt **Herr Wiers**, dass es im Sinne einer ostfriesischen Gemeinschaft zu begrüßen sei, wenn Wittmund wieder der Polizeidirektion Osnabrück zugeordnet werde. Diese Zuordnung dürfe aber nicht mit der Standortfrage einer gemeinsamen Leitstelle Ostfriesland verbunden werden, sondern es sollte die Leitstelle Ostfriesland dort errichtet werden, wo es am wirtschaftlichsten sei. Zum Sachstand sagt **Herr Wiers**, dass die Landkreise Leer, Aurich und Wittmund eine Absichtserklärung für eine gemeinsame Leitstelle in Wittmund unterzeichnet hätten. Wittmund möchte mit den Partnern -gegebenenfalls auch mit Emden- eine „Anstalt öffentlichen Rechts“ gründen, dem der Kreistag Wittmund bereits zugestimmt habe. In Aurich und Leer sei dieser Entwurf zurzeit in der Diskussion. Der 1. Kreisrat des Landkreises Wittmund habe ihm vor ca. 3 Wochen zugesagt, ihm diesen Entwurf zur Kenntnisnahme zu übersenden, was leider nicht erfolgt sei. Die Kreistage Aurich und Leer würden den Entwurf etwa Mitte Dezember abschließend beraten. Voraussetzung dafür sei, dass der MI den Landkreis Wittmund der Polizeidirektion Osnabrück zuordne.

Das Gutachten der Firma Forplan nenne keine Beträge möglicher Personaleinsparungen, jedoch Zahlen zum Personalbedarf. Man könne daraus ableiten, dass insgesamt etwa 12 bis 13 Stellen zur Disposition stünden, für Emden 2 bis 3 Stellen. Da man aber für den Katastrophenschutz weiterhin 1 Stelle benötige, bliebe theoretisch ein Einsparpotential von ca. 2 Stellen. Keinerlei Aussagen mache das Gutachten zur Qualifikation des Personals und diese sei in Emden, wie auch in anderen Städten mit einer Berufsfeuerwehr, hoch. Außerdem sei die errechnete Personalbemessung seines Erachtens sehr knapp gehalten. Auch die anderen Landkreise könnten erwartete Einsparungen nicht in vollem Umfang realisieren, weil dort auch Tätigkeiten der Verwaltung in den Leitstellen erledigt würden, die bei Wegfall der eigenen Leitstelle neu organisiert werden müssten.

Das Gutachten der Firma Dräger treffe zur Qualitätseinschätzung der vorhandenen Leitstellen wichtige Aussagen. Für Wittmund bemerke der Gutachter zusammenfassend, dass die technische Ausstattung der Leitstelle auf einfachem Niveau ohne strukturierte Rückfallebenen aufgebaut sei und in Teilen nicht dem allgemeinen Standard in integrierten Leitstellen entspreche. In Leer sei die Leitstelle auf einem einfachen Niveau z.T. aber ohne strukturierte Rückfallebenen aufgebaut und würde dem allgemein vorhandenen Standard in integrierten Leitstellen kleinerer Größenordnung (2-3 Arbeitsplätze) nur weitestgehend entsprechen. Die Leitstelle in Aurich sei auf einem guten Niveau, z.T. aber ohne strukturierte Rückfallebenen aufgebaut und würde dem allgemein vorhandenen Standard in integrierten Leitstellen vergleichbarer Größenordnung entsprechen. Für Emden habe der Gutachter zusammenfassend festgestellt, dass die technische Ausstattung der Leitstelle auf einem sehr guten Niveau aufgebaut sei und dem allgemeinen Standard in integrierten Leitstellen vergleichbarer Größenordnung entspreche. Damit hätte sich

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice.

die Auffassung der Stadt Emden, die Emdener Rettungsleitstelle sei qualitativ und wirtschaftlich die Beste, bestätigt.

Die zwei Musterrechnungen im Gutachten hätten aufgezeigt, dass bei der Verteilung der Einsatzkosten die Stadt Emden keine Einsparungen zu erwarten habe.

Herr Wiers berichtet, dass die Stadt Emden für eine Vergleichsrechnung ein ergänzendes Gutachten in Auftrag gegeben habe. Dieses Gutachten werde bereits in der nächsten Woche erwartet. Vermutlich werde deutlich, dass eine Erweiterung der vorhandenen Substanz kostengünstiger sei, als ein völliger Neubau auf „der grünen Wiese“. Die Kosten für einen Anbau in Emden (für den reinen Baukörper) würden inkl. Landesanteil mit rd. 900.000 € beziffert; Wittmund gehe von Kosten von über 2,7 Mio. € aus. Weiterhin gebe es in Emden nutzbare Synergien z.B. durch den vorhandenen Baukörper oder auch dem benachbarten Krankenhaus. Zum Abschluss seines Vortrages erinnert **Herr Wiers** an das Zitat des MI in der Presse anlässlich seines Besuches bei der Polizeiinspektion Leer / Emden: „Ausschlaggebend für einen künftigen Leitstellenstandort sind die Kosten. Es ist wenig sinnvoll, wenn ein Standort erst aufgerüstet werden muss, während anderswo alles auf dem neuesten Stand ist“.

Frau Pohlmann bedankt sich für den ausführlichen Vortrag von **Herrn Wiers** und bemerkt, dass der Ausschuss der Emdener Lösung präferiere.

Herr Lutz äußert sich erfreut, dass nunmehr auch Wittmund –wie die übrigen ostfriesischen Gebietskörperschaften- der Polizeidirektion Osnabrück zugeordnet werden und somit in den „ostfriesischen Verbund“ zurückkehre. Er hoffe, dass sich die Krankenkassen einer „Emdener Lösung“ anschließen, da diese objektiv die wirtschaftlichste sei. Da sich Emden aktuell in einer vergleichsweise „komfortablen“ Situation befinde, bestehe auch kein akuter Zeitdruck. Die benachbarten Landkreise seien herzlich eingeladen zu entsprechenden Gesprächen.

Herr Fooken bemerkt, dass die FDP ebenfalls hinter einer Leitstelle für Emden stehe. Der Vortrag von **Herrn Wiers** sei plausibel. Er wüsste nur zu gerne, welche Argumente der Landrat Schulz vortrage, um weiterhin Wittmund zu favorisieren.

Herr Wiers führt dazu aus, dass aktuell eine stark politisch gefärbte Diskussion geführt werde, er aber hoffe, dass am Ende die wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gäben.

Herr Davids verweist darauf, dass Emden aktuell über die modernste Leitstelle verfüge und man an dieser festhalten sollte.

Herr Odinga warnt vor einem „Kuhhandel“. In Emden gebe es durch die vorhandene Industrie ein großes Gefahrenpotential. Man solle es belassen wie es sei!

Herr Graf schließt sich **Herrn Odinga** an. Der Unterschiedsbetrag zwischen 900.000 € für einen Anbau in Emden gegenüber 2,7 Mio. € für einen Neubau spreche für sich. Außerdem seien das vorhandene hohe Niveau und die Qualität des Personals ein weiterer Vorteil für Emden.

Herr Stolz schlägt vor, den Herrn Landrat Schulz nach Emden einzuladen, um die Standpunkte hier offen zu diskutieren.

Abschließend bemerkt **Herr Lutz**, dass man niemanden zwingen könne, sicher einer Leitstelle in Emden anzuschließen. Notfalls werde die Stadt Emden die vorhandene Leitstelle weiterführen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice.

- TOP 8 Verkehrsberuhigung Siedlung Conrebbersweg;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 04. Oktober 2007
Vorlage: 15/0531

Herr Grendel bemerkt, dass die geforderten baulichen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung eine Ausbauplanerstellung seitens des Planungsamtes zumindest aber des Straßenbaulastträgers erfordern. Zuständig für den Beschluss über solche Maßnahmen sei der Werksausschuss des BEE. Für die Anschaffung der Geschwindigkeitsanzeigetafeln würden zur Zeit ebenfalls keine Mittel zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig teilt er mit, dass sich die Aufstellung der Geschwindigkeitsanzeigetafeln in Petkum nach Auskunft der Stadtwerke bis in den Februar 2008 hinein verzögern könnten. Die benötigten Stahlmasten hätten eine Lieferzeit von ca. 8 Wochen und müssten anschließend lackiert bzw. pulverbeschichtet werden, da die Laternen in Petkum aus der Dorferneuerung eine besondere grüne Lackierung aufweisen würden.

Herr Davids berichtet, dass seitens der SPD-Fraktion eine Veränderung zur Verkehrsberuhigung in der Siedlung Conrebbersweg gewünscht und bei den Haushaltsberatungen eingeplant werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- TOP 9 Bericht Testphase Rathausplatz;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 01.11.2007
Vorlage: 15/0532

In seinem Zwischenbericht zur Testphase Rathausplatz erklärt **Herr Grendel**, das Ziel des Planungsentwurfes sei, für Fußgänger eine neue und sichere Verbindung zwischen dem Stadtgarten und dem Delft zu schaffen. Durch zwei Inseln werde der Rathausplatz verkehrsberuhigt und die Autofahrer dazu gezwungen, im Schrittempo zu fahren. Fußgänger könnten den Rathausplatz jetzt vom Stadtgarten zum Delft auf Überwegen ohne Ampel und Zeitdruck direkt überqueren, hätten allerdings keinen Vorrang vor den Autofahrern. Eine weitere Beruhigung erfolge durch die Aufhebung des Parkplatzes.

Eine Bürgerinformation über die Testphase erfolgte über Flyer, Plakate sowie Informationstafeln vor Ort.

Herr Grendel zeigt anhand von Plänen die bislang bekannt gewordenen Probleme auf. Zu den Problemfeldern zählten zum einen der Rückstau in der Straße „Am Delft“, die noch nicht optimale Vorrangschaltung für die Busse, die gleichzeitigen Grünphasen für Autos, Radfahrer und Fußgänger direkt vor dem Rathaus und das Fehlverhalten der Fußgänger. In der Summe verursachen diese Punkte in der Regel einen Stau. Vor allem die Fußgänger machen den Planern ein wenig Probleme, weil sie sich zunehmend Vorrang vor dem fließenden Verkehr einräumen. Dieses Fehlverhalten könne im Ablauf nicht eingeplant werden und verhindere einen möglichen besseren Abfluss der KFZ aus der Straße „Am Delft“. Inzwischen hätten sich die Autofahrer aber schon daran gewöhnt, die querenden Fußgänger über die Straße zu lassen, so dass der enge Takt zusammenbreche und Staus zur Folge hätte. Den Rückstau in der Straße „Am Delft“, der sich im Feierabendverkehr zwischen 15.30 und 17.30 Uhr bilde, wolle er aber nicht überbewerten, da nach seiner Ansicht sich nicht unbedingt mehr Fahrzeuge als vor der Testphase dort stauten. Trotzdem wolle man versuchen, durch eine leicht veränderte Ampelschaltung den Rückstau zu minimieren. Auch die Vorrangschaltung für Busse solle optimiert werden, dafür müsse die Funkbarke an der Burgstraße etwas zurückgesetzt werden. Die gleichzeitigen Grün-

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice.

phasen für Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer vor dem Rathaus seien nur durch eine sogenannte Entkoppelung der einzelnen Grünphasen zu lösen.

Zum Abschluss seines Zwischenberichtes kündigt **Herr Grendel** an, den Verlauf der Testphase in den nächsten Wochen weiter öffentlich zu machen. Man werde in diesem Zusammenhang auch die Auswirkungen auf die anderen Straßen genau beobachten. Weiterhin solle insbesondere den Fußgänger klar gemacht werden, dass sie auf dem Rathausplatz zwar mehr Freiheiten, aber grundsätzlich keinen Vorrang vor den Autofahrern hätten.

Frau Pohlmann dankt **Herrn Grendel** für seinen ausführlichen Bericht.

Herr Davids ist der Meinung, dass man das Endergebnis der Testphase abwarten müsse und fragt nach dem Problem des „toten Winkels“ bei Bussen.

Herr Grendel berichtet, dass bei einer Testfahrt mit einem Niederflerbus Fotos von der Situation vor Ort gemacht wurden. Dabei wurde festgestellt, dass bei einer möglichen späteren Umsetzung die Lage noch optimiert werden könne, der Bus aber schon jetzt den Bereich durchfahren kann ohne den Radweg zu schneiden.

Herr Stolz bedankt sich bei **Herrn Grendel** für seinen Vortrag und bemerkt, er sei sehr zuversichtlich hinsichtlich des Verlaufes der Testphase.

Herr Graf stellt fest, dass der Zwischenbericht umfangreich, aber die Optimierung der Ampelschaltungen doch sehr kompliziert seien. Er wüsste gerne, ob bei einer Grünphase von 5 Sekunden für Fußgänger die Zeitspanne zum Überqueren der Straße auch für Behinderte ausreiche. Weiter interessiere ihn, ob man die 2. Spur zum Abbiegen in Richtung Faldernstraße nicht wieder aktivieren könne und warum der Fußgängerüberweg nicht markiert wurde.

Herr Grendel stellt fest, dass auch behinderte und ältere Mitbürger bei einer Grünphase von 5 Sekunden den Fußweg gut überqueren können, da anschließend eine ausreichende Räumzeit hinzugerechnet wird. Wer bei „grün“ die Straße betritt, kann sie auch in Ruhe queren. Bei Beibehaltung der 2. Spur fehle der Platz für die notwendige Querungshilfe. Eine Markierung des Fußgängerüberweges würde den Fußgängern Vorrang einräumen, was die Leistungsfähigkeit des Knotens für den Individualverkehr stark beeinträchtigen würde.

Herr Fooker erklärt, dass die FDP-Fraktion die Testphase unterstütze. Er möchte gerne wissen, ob man zur Beseitigung der Probleme nicht einen Verkehrskreisel in Höhe des Rathauses in Erwägung ziehen solle.

Die Anregung von **Herrn Fooker** einen Kreisverkehr einzurichten, lehnt **Herr Grendel** mit dem Hinweis auf das Problem für die Fußgänger und Radfahrer, die dann die Neutorstraße nicht bevorrechtigt und unsignalisiert queren müssten, ab.

Herrn Schulze interessiert, ob bei der Testphase auch anderen die Straßen der Innenstadt wie z.B. bei der Volkshochschule, Agterum, Auricher Straße sowie die Westumgehung wegen Staubildung beobachtet würden und weist in diesem Zusammenhang auch auf den Klimaschutz hin.

Herr Grendel bejaht dies.

Herr Scheffel fragt nach den Kosten für die Testphase sowie für den endgültigen Ausbau.

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice.

Auf die Frage von **Herrn Scheffel** teilt **Herr Grendel** mit, dass die Kosten für die Testphase 20.000,- € betragen, wobei die verwendeten Elemente wieder verwendet werden können. Was die endgültige Lösung kosten werde, hänge auch von dem Ausgang der Testphase und der endgültigen Planung der Umgestaltung des Stadtgartens ab.

Damit schließt die Diskussion über die allgemeine Testphase, nachfolgende Wortbeiträge betreffen die Vollsperrung für den Weihnachtsmarkt.

Herr Odinga bezeichnet die Unterbrechung der Testphase durch die Vollsperrung für den „Engelkemarkt“ als unsinnig.

Herr Wessels möchte wissen, ob die Grünphase in der Neutorstraße (geradeaus) geändert wurde und ob bei nur einer Spur die Feuerwehr im Notfall durchkommt. Zum Rückstau in der Straße „Am Delft“ erwähnt er, dass seine Arbeitskollegen schon einen Stau um 13.30 Uhr festgestellt hätten.

Die Grünphase in der Neutorstraße sei nicht verändert, allerdings werde der Verkehr bei der Vollsperrung so wie bei den Matjestagen gelenkt, führt **Herr Grendel** aus. Er bestätigt, dass es mittags und in der Vorabendzeit häufiger zu Staus kommt.

Herr Wessels bemerkt, dass die Leittragenden der Vollsperrung die Taxifahrer seien.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Teststellung einer Fußgänger-LSA in der Wolfsburger Straße;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 06.11.2007
Vorlage: 15/0533

Herr Fooken berichtet, dass seit Jahren die Forderungen von Radfahrern und Fußgängern aus Larrelt vorliegen, ihnen ein sicheres Überqueren der Wolfsburger Straße zu ermöglichen. Gerade bei den Schichtwechseln des Volkswagenwerkes gebe es viele Radfahrer, die bei dem starken Autoverkehr die Wolfsburger Straße überqueren müssten. Es komme immer wieder zu gefährlichen Situationen, weil die Autofahrer die vorgeschriebene Geschwindigkeit nicht einhalten würden.

Herr Lutz entgegnet, dass eine zusätzliche Ampel, die nicht zwingend notwendig sei, Nachteile für den Autoverkehr bringe, weil diese auch die Grünphasen der Larrelter Straße beeinflusse. Nach seiner Meinung würde mehr gegenseitige Rücksichtnahme ausreichend sein.

Nach Meinung von **Herr Fooken** dürfte diese Lichtsignalanlage keinerlei Einfluss auf die sogenannte „grüne Welle“ auf der Larrelter Straße haben.

Auch **Herrn Davids** sind die Probleme der Fußgänger und Radfahrer beim Überqueren der Wolfsburger Straße bekannt, deshalb werde die SPD diesen Antrag unterstützen.

Herr Wessels verdeutlicht, dass eine Lösung des Problems schon vor seit Jahren immer wieder beantragt worden sei. Es gehe hierbei nicht nur um die Radfahrer, sondern auch um Kinder, die zum Training bzw. zu den Fußballspielen die Straße queren müssten.

Herr Odinga unterstützt ebenfalls den Antrag und weist darauf hin, dass auch die Einkäufer vom Dollart Center die Straße nutzten. Er könne sich aber auch vorstellen, dass ein Zebrastreifen genüge.

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice.

Herr Grendel bestätigt, dass die Forderung nach einer Querungshilfe im Ausschuss mehrfach behandelt wurde. Wie aber schon in der Sitzung am 09.01.2007 ausgeführt, wären zwar die Querungszahlen durchaus ausreichend, aber andere Gründe, wie u.a. die Leichtigkeit des motorisierten Individualverkehrs auf der Wolfsburger Straße bei Schichtzulauf und Schichtablauf, sprächen gegen eine FGLSA. Es werde befürchtet, dass wenn z.B. die Ampel von Radfahrern alle zwei Minuten angefordert werde, es Probleme gäbe, weil die Fahrzeuge immer wieder zum Stillstand kämen. Außerhalb der Schichtwechselzeiten sei es an der genannten Stelle überhaupt kein Problem, die Straße zu queren.

Nach der darauf folgenden Diskussion über die Auswirkungen einer Ampel an der Wolfsburger Straße auf den VW-Verkehr, spricht sich der Ausschuss für eine Teststellung einer Fußgänger-LSA an der Wolfsburger Straße in Höhe des Sportplatzes aus. Die notwendigen finanziellen Mittel sollen vom Rat zur Verfügung gestellt werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Verkehrsählung auf der Landesstraße 2;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 11.10.2007
Vorlage: 15/0535

Herr Hoofdmann erklärt, der Antrag sei erledigt.

Herr Grendel bemerkt, er habe diesen Punkt wegen der kürzlichen Pressemitteilung der FDP, der Antrag sei erst 5 Tage nach Eingang von der Verwaltung bearbeitet worden, auf die Tagesordnung gesetzt. Richtig sei vielmehr, dass nach Eingang der Mail bei ihm am Freitag, erst am Montagmorgen mit der Vorbereitung zur Verkehrsählung begonnen werden konnte.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Fußgängerlichtsignalanlage L2/Spiekerburger Weg;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 1.11.2007
Vorlage: 15/0537

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

a) Parkplatz in Borssum –Anfrage der FDP vom 06.11.2007

Herr Grendel berichtet, dass in Abstimmung mit dem Eigentümer und den Mieter vereinbart wurde, dass der Mieter für 2 Stellplätze das Nutzungsrecht erhält und die übrigen Stellplätze für Kurzzeitparker zur Verfügung stehen, die von der Stadt überwacht werden.

Anmerkung der Protokollführung:

Leider konnte durch Intervention des Eigentümers noch keine abschließende Beschilderung vorgenommen werden. Voraussichtlich ist mit einer Umsetzung der Beschilderung erst in der 4.

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice.

Kalenderwoche zu rechnen. Die derzeit noch vorhandene private Beschilderung hat keinerlei rechtliche Wirkung.

b) Poller im Leysand –Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.11.2007

Herr Grendel trägt vor, dass Poller keine Verkehrszeichen seien, sondern Ausstattungs- und Ausbaubestandteile der Straße. Die Standorte der einzelnen Poller müssten genau überprüft werden, um dann Einzelfallentscheidungen zu treffen. Einige Poller sicherten z.B. freistehende Laternen, andere verhinderten widerrechtliches Parken.

Der BEE und der FD 432 werden die einzelnen Standorte im Sinne der Bürger bewerten und möglichst viele der genannten Poller entfernen.

Anmerkung der Protokollführung:

Zwischenzeitlich konnten zahlreiche Poller in der Straße entfernt werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 14 Anfragen

Herr Odinga stellt folgende Anfragen:

a) Haushalt 2007

Im Haushalt 2007 sei ein erhöhter Ansatz für Personalkosten der Feuerwehr vorhanden. Ihn interessiere der aktuelle Stand.

b) Motorrad für die Feuerwehr

Warum hat die Feuerwehr ein Motorrad angeschafft ?

c) Ausleuchtung des Überweges vom Parkhaus in die Innenstadt

Nach seiner Ansicht ist der Überweg vom Parkhaus in die Innenstadt unvollständig ausgeleuchtet. Als Autofahrer würde man Fußgänger erst sehr spät erkennen.

Zu a)

Herr Lutz entgegnet, das dieser im Zusammenhang mit der EU-Arbeitszeitrichtlinie zu sehen sei, die eine generelle Arbeitszeit für Feuerwehrleute von 56 statt 48 Stunden pro Woche verbiete. Rechnerisch ergebe sich auf dieser Basis ein personeller Mehrbedarf von 5 Stellen.

Allerdings sehe die neue Nds. Arbeitszeitverordnung für Feuerwehrleute vor, dass auf der Basis einer Vereinbarung (freiwillig) ein Fortbestand der 56-Stunden-Regelung möglich sei (sog. Opting-Out-Regelung). Diese freiwillige Mehrarbeit solle zusätzlich vergütet werden und ein Besoldungsänderungsgesetz sei in Vorbereitung. Aktuell könne er zur Höhe der auf dieser Basis zu zahlenden Vergütung keine konkrete Aussage treffen. Auf jeden Fall sei eine Opting-Out-Regelung wesentlich günstiger als eine entsprechende personelle Verstärkung.

Zu b)

Herr Lenz erwidert, dass die Beschaffung eines Motorrades primär im Zusammenhang mit der Katastrophenschutzkonzeption zu sehen sei. Diese Auffassung teilten, nachdem zwischenzeit-

Niederschrift Nr. 5 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice.

lich Krafträder nicht diese Wertschätzung erfahren hätten, inzwischen wieder zahlreiche Feuerwehren und zum Beispiel auch Polizei und die Bundeswehr.

In Folge des havarierten Container-Schiffes vor der niederländischen Küste vor einigen Wochen und der damit verbundenen Gefährdung der Deiche durch Containerteile und der Fauna mit Öl usw., sei die Feuerwehr durch das Motorrad in der Lage gewesen, den Emslauf bis zur Knock mit nur einer Person schnell und lückenlos zu kontrollieren.

Zum Fahrzeugkonzept der Feuerwehr werde er in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses vortragen.

Zu c)

Herr Grendel sagt eine Überprüfung der Beleuchtung zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Bei der Überprüfung wurde festgestellt, dass 2 der 3 vorhandenen Leuchtkörper defekt waren. Die Reparatur wurde veranlasst.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.